



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Günstig heizen. Bezahlbar wohnen. Unabhängig werden.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- die Regierungen im Bund und im Freistaat sinkende Füllstände der Gasspeicher akzeptieren und damit steigende Gaspreise für die Menschen in Deutschland und Bayern in Kauf nehmen,
- sie gleichzeitig mit der angekündigten Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und der vorgeschlagenen Halbierung der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) genau jene Instrumente schwächen, die Haushalte aus der Abhängigkeit von teuren fossilen Energien führen und dauerhaft vor steigenden Heizkosten schützen könnten.

Die Staatsregierung wird deswegen aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,

- das GEG weiterzuentwickeln statt abzuschaffen, um es den Menschen in Bayern zu ermöglichen, sich planbar von teurem Gas und Öl unabhängig zu machen,
- die BEG sozial gerecht weiterzuentwickeln, sodass Eigenheimbesitzende und Mieterende beim Umstieg auf fossilfreie Heizsysteme wirksam finanziell entlastet werden,
- transparente und verbindliche Regeln zur Befüllung der Gasspeicher einzuführen, die Versorgungssicherheit gewährleisten, Preisspitzen begrenzen und zugleich den konsequenten Ausstieg aus fossilen Energien absichern.

Begründung:

Steigende Gaspreise belasten viele Menschen spürbar – beim Heizen, beim Wohnen, im Alltag. Umso widersprüchlicher ist eine Politik, die höhere Preisrisiken in Kauf nimmt und gleichzeitig genau jene Instrumente schwächt, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft aus der Abhängigkeit von teuren fossilen Energien befreien können.

Das GEG und die BEG schaffen Planungssicherheit, senken langfristig Kosten und ermöglichen klimafreundliche Lösungen ohne sozialen Bruch. Wer diese Leitplanken abbaut, lässt Menschen mit steigenden Preisen allein.

Gleichzeitig braucht es transparente Regeln für die Befüllung der Gasspeicher, um extreme Preisschwankungen zu vermeiden und die Übergangszeit sozial abzusichern – ohne den Ausstieg aus fossilen Energien zu verzögern.